



Vorgestellt:

Claudia Kalahs

„Wir können Menschen nicht ändern, nur die Art, wie wir miteinander umgehen“, ist Claudia Kalahs überzeugt, „Kommunikation ist dabei das A und O.“ Wenn jemand voller Hass auf Menschen ist, die hier angeblich nichts zu suchen hätten, fragt sie: Ginge es dir besser, wenn es hier weniger Ausländer gäbe? „Solche Fragen öffnen oft für eine andere Perspektive und für das, worum es eigentlich geht“, erklärt die 37-jährige Erzieherin. In einer Fortbildung hat sie vor Jahren den inspirierenden Begriff Gleichwürdigkeit kennen gelernt. „Gleichwürdigkeit aller Menschen, das bringt meine Grundüber-

zeugung auf den Punkt.“

Bei der letzten Kommunalwahl wurde Claudia Kalahs auf der Liste der Linkspartei in die Stadtverordnetenversammlung von Perleberg gewählt. Anfangs sei alles Neuland und etwas erschlagend gewesen, erinnert sie sich. Aber sie hat sich schnell eingearbeitet. Jetzt findet sie es vor allem spannend, hinter die Kulissen zu gucken und zu verstehen, wie Entscheidungen getroffen werden. „Wir alle haben Träume, aber es ist nicht alles möglich“, musste sie feststellen. Manchmal sei das ernüchternd, aber sie schätzt den demokratischen Prozess, wenn er

fair ist. „Wenn es unfair wird und ein Argument oder eine Idee abgelehnt wird, nur weil sie von der Linken kommt, ärgert mich das sehr.“

Als engagierte Erzieherin und Mutter von 2 Kindern sind ihr die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern besonders wichtig. In Perleberg seien die Chancen grundsätzlich nicht schlecht, „aber die gesellschaftliche Teilhabe hängt zu sehr von der Herkunft ab. Wer hat das Geld für Vereine, Kurse, Feste? Wer hat Zugang zu Bildung? Zu viele haben das nicht.“ Wenn es nach ihr ginge, würde das Geld, das in die Aufrüstung fließt, für Bildung ausgegeben.



Das, davon ist sie überzeugt, wäre auch politisch nachhaltig „Nur mit Bildung kann man Hass und Krieg verhindern. Wir brauchen frühe Förderung, gute Schulen und Lehrende, die eine Bindung zu den Kindern aufbauen, damit sie nicht so leicht manipulierbar sind.“

■ bms

Aktionstag gegen die „Bezahlkarte“



25. September 2026

Wir wollen in einer solidarischen und offenen Gesellschaft leben! Migration ist nicht das Problem! Patriarchat, Rassismus, Kriege, Umweltzerstörung, Ausbeutung, Armut – das sind Probleme. Rechte migrationsfeindliche Politik!? NICHT MIT UNS! Genau zwei Jahre nachdem das Land Brandenburg den Auftrag zur Umsetzung der Bezahlkarte an Publk GmbH & Secupay AG vergab, sagen wir:

Es reicht!

Wir wehren uns gegen

Diskriminierung, organisieren Gutscheintausch in unseren Dörfern & Städten und fordern: Bezahlkarte abschaffen! Basis-konto & Selbstbestimmung statt Kontrolle & Diskriminierung! Kommt mit uns auf die Straße und lasst uns gemeinsam laut sagen:

„NEIN zur Bezahlkarte“!

Link zur Petition:

<https://weact.campact.de/petitions/nein-zur-bezahlkarte>

■ Thomas Domres

So sehe ich das: Driftet das BSW nach rechts ab?

Die Arroganz von Sahra Wagenknecht ist kaum noch zu überbieten. Sie schreibt in ihrem Statement vom 13. August, dass das BSW in Sachsen-Anhalt bei 5% stehe (lt. Infratest dimap nur bei 4%), und nur mit dem BSW ein Regierungswechsel möglich sei. Wagenknechts Ziel sei „die Abwahl des CDU-Amtsinhabers und seine Ersetzung durch einen überparteilichen Ministerpräsidenten, der die Brandmauer-Idiotie beendet und mit wechselnden Mehrheiten regiert.“

Laut Wagenknecht sei das BSW bereit, „unter bestimmten Umständen den Weg für einen Ministerpräsidenten

von der AfD“ frei zu machen. Wagenknecht weiter: „Es ist einfach völlig undemokratisch, eine Partei, die von rund 40% der Wähler gewählt wird, dauerhaft auszugrenzen.“ Deshalb werde sich das BSW in einem eventuell notwendigen 3. Wahlgang der Ministerpräsidentenwahl der Stimme enthalten. Somit könnte Sachsen-Anhalt einen AfD-Ministerpräsidenten bekommen. Dazu sagt die BSW-Landesvorsitzende von Thüringen, das sei ein „absoluter Tabubruch“ und kündigte an: „ich werde jedenfalls aus Thüringen heraus meine Stimme erheben und dafür kämpfen, dass das nicht passiert.“

Im Gegensatz zu Wagenknecht wirbt Bodo Ramelow für eine Kooperation mit der CDU.

Aber das ist Wagenknecht offensichtlich nicht genug. Als der Thüringer extrem

rechte Landesvorsitzende Björn Höcke vorschlug, Wagenknecht solle bei einem Misstrauensantrag gegen den CDU-Ministerpräsidenten Voigt als neue Ministerpräsidentin kandidieren, lehnte Wagenknecht das Angebot mit folgender Begründung ab. Das Angebot ist unehrlich, da Höcke weiß, „dass die Mehrheit derer, die auf BSW-Ticket im Thüringer Landtag sitzen, in Opposition zum Bundesvorstand stehen und mich nicht wählen würden. Höcke macht Politik wie die Altparteien.“ Wagenknechts Befürchtungen resultieren aus ihrer eigenen Handlungsweise. Unverhohlen mischt sich die BSW-Parteispitze in die Thüringer Landespolitik ein, indem sie vom Landesverband fordert, „die Thüringer Landesregierung aufzulösen“. Wagenknecht ist keinen Deut besser als Höcke, wenn sie permanent gegen die

föderalen Grundprinzipien, so wie sie im Grundgesetz verankert sind, verstößt, indem sie sich aus der Parteizentrale in die BSW-Landespolitik einmischt.

Wagenknecht forderte jetzt Höcke zu einem Duell heraus. Was dabei herauskommt, ist bei einer Parteivorsitzenden, die sich der Terminologie der AfD bedient, wohl voraussehbar?

■ ■ Achim Müller

PS: Der frühere Linken-Chef und heutige BSW-Landesvorsitzende von Bayern, Klaus Ernst, lehnt Wagenknechts Kurs, einen AfD-Ministerpräsidenten zu ermöglichen, strikt ab. Er sagte: „Als Gewerkschafter ist es für mich schlicht nicht denkbar, einen AfD-Regierungschef zur Macht zu verhelfen“, und weiter: „Ich bin nicht ins BSW eingetreten, damit wir irgendwelche Experimente mit der AfD machen“.



Es braucht Vertrauen

Die Bundesregierung will die Wirtschaft stärken. Für mehr private Investitionen braucht es aber vor allem: Vertrauen darin, dass nicht ständig alles geändert wird.

Im Reformpaket der Bundesregierung sind mehrere Punkte enthalten, die direkt die wirtschaftliche Substanz der Bundesrepublik stärken sollen. So sollen Zukunftstechnologien in der Automobilindustrie, der chemischen und pharmazeutischen Industrie, in Clean Tech, Maschinenbau, Batterietechnik und KI unterstützt werden.

Im Punkt 15 des Reformpakets geht es um den Ausbau von Beteiligungen des Bundes über den sogenannten Deutschlandfonds. Dieser wurde auch schon unter der Rot-Grünen Bundesregierung vorbereitet

und 2025 durch die jetzige CDU-SPD-Regierung eröffnet. Er soll zum Beispiel Energietechnologien, Rohstoffsicherung und Verteidigung unterstützen. Kern dabei sind Garantien des Bundes über 30 Milliarden Euro, die durch Kopplung mit privaten Investitionen auf 130 Milliarden Euro angehoben werden sollen. Erste Projekte sind eine Beteiligung an australischen Rohstofffonds, Lithiumförderung im Oberrhein und die Drohnenproduktion für die Verteidigung. Die Aufzählung von Schlüsseltechnologien ließe sich erweitern unter anderem durch Optik, Industriesensorik, Robotic, Luft- und Raumfahrt.

All diese Vorhaben sind bereits in mehreren Festlegungen der gegenwärtigen

Bundesregierung benannt worden. Was bisher jedoch fehlte und auch im Reformpaket nicht enthalten ist, ist eine Umsetzungsstrategie. Für Investitionen braucht es verbindliche Festlegungen. Wenn in Abstand von wenigen Jahren jeweils andere politische Schwerpunkte gesetzt werden (wie aktuell zum Beispiel die Rückkehr zu fossilen Energieträgern, dann ist das schädlich. Eine politisch verbindliche Festlegung über mindestens 15 Jahre ist erforderlich. Ohne eine derartige Rahmensetzung wird es weder private noch öffentliche Investitionen in die genannten Bereiche geben. Bisher gibt es aber viele selbst gemachte Unsicherheiten: Das Heizungs-gesetz soll unnötigerweise wieder geändert werden. Die

Unterstützung für den Einsatz von Wasserstoff zum Beispiel in der Stahlproduktion wird wieder zurückgefahren. Standorte für Reservekraftwerke werden wieder verändert. Der Strom-Netzausbau stockt. Wissenschaftliche und technologische Erkenntnisse werden ignoriert. Diese Unsicherheit, welche Schwerpunkte die Regierung als nächstes setzt, behindert – neben der globalen Situation – einen Aufschwung. Es fehlt an Vertrauen, dass über eine Wahlperiode hinaus Stabilität gewährleistet werden kann. Das ist Teil des Versagens der gegenwärtigen Bundesregierung mit den sozialen und politischen Folgen.

■ ■ Ralf Christoffers, ehemaliger Wirtschaftsminister in Brandenburg

JWP MittenDrin – Freiraum erhalten, Zukunft sichern!



Seit 1993 gibt es das Jugend-WohnProjekt MittenDrin in Neuruppin. Entstanden aus dem Wunsch nach selbstverwaltetem Wohnraum und einem Ort für linke, alternative Kultur, ist das JWP heute weit mehr als ein Hausprojekt. Wir sind ein selbstorganisierter Ort für politische Bildung, Kultur, Begegnung und solidarisches Miteinander – mitten in Neuruppin.

Bei uns finden Konzerte, Lesungen, Workshops, Diskussionen, gemeinsames Kochen, kreative Projekte und politische Veranstaltungen statt. Menschen unterschiedlichen Alters können sich einbringen, eigene Ideen umsetzen, Veranstaltungen mitgestalten oder einfach vorbeikommen und Teil eines offenen, solidarischen Ortes sein. Wir verstehen das MittenDrin als antifaschistischen Schutz- und Begegnungsraum und als Teil einer lebendigen Zivilgesellschaft, die Ausgrenzung, rechte Ideologien und soziale Kälte nicht un widersprochen lässt. Was aktuell bei uns passiert,

welche Konzerte, Veranstaltungen und Aktionen anstehen, findet ihr auf unserer Homepage jwp-mittendrin.de sowie bei Instagram ([jwp_mittendrin](https://www.instagram.com/jwp_mittendrin)) und Facebook ([jwpmittendrin](https://www.facebook.com/jwpmittendrin)).

Damit dieser Ort auch in Zukunft bestehen kann, brauchen wir Unterstützung. Unser Zuhause ist seit 2013 der ehemalige Neuruppiner Hauptbahnhof. Besonders der markante Turm ist inzwischen stark sanierungsbedürftig. Unter dem Motto „Im Turm ist der Wurm – Rettet den Turm“ sammeln wir Spenden für dringend notwendige Arbeiten und den langfristigen Erhalt des Hauses.

Unterstützen könnt ihr uns außerdem als Fördermitglied. Schon mit 5 Euro im Monat helft ihr dabei, unabhängige Kultur, politische Arbeit und selbstverwaltete Räume in Neuruppin zu sichern.

Aktuelles & Veranstaltungen:
jwp-mittendrin.de

Fördermitglied werden:
jwp-mittendrin.de/mitglied-werden/

Für den Turm spenden:
betterplace.org/de/projects/174662

Außerdem findet ihr uns auf **Instagram** und **Facebook**.

■ ■ JWP MittenDrin

Glückwünsche gehen nach Wittenberge

Das Projekt „Marthas Tisch – fair zusammen“ wurde am 24.08.2026 in Wittenberge mit dem Landesintegrationspreis Brandenburg ausgezeichnet. Annette Flade nahm stellvertretend für den Wittenberger Treffpunkt „Marthas Tisch – fair zusammen“ den Landesintegrationspreis entgegen.

Der offene Treffpunkt der Evangelischen Kirchengemeinde in der Wittenberger Bahnstraße bringt Menschen zusammen. Egal welcher Herkunft, welchen Alters welcher persönlichen Situation, alle Menschen sind gleichermaßen willkommen. Neben Angebote wie Workshops, Koch- und

Spielenachmittage, gemeinsames Frühstück oder Sprachclub gibt Marthas Tisch einem Weltladen ein zu Hause, in dem man fair gehandelte Produkte kaufen kann. Die Angebote sind vielfältig, es ist für jeden etwas dabei und gleichzeitig entstehen Begegnung, Austausch, Teilhabe und

fördert das Miteinander. Ebenfalls ausgezeichnet wurden der Potsdamer Verein Escala mit dem Projekt „Karawanserei“, Gideon Gichiri Git-hua aus Doberlug-Kirchhain (Elbe-Elster) und Wolfgang Frick aus Eberswalde (Barnim).

■ ■ Thomas Domres

Säbelrasseln in der Region

Die aktuellen Pläne des Bundesministeriums der Verteidigung, im Zuge des neuen Wehrdienstes und der Truppenaufwüchse bundesweit alte Militärliegenschaften und Kasernen zu reaktivieren, sind besorgniserregend. Betroffen von den bundesweiten Plänen zum Umwandlungsstopp für zivile Nutzungen sind in den Landkreisen Prignitz und Ostprignitz-Ruppin auch die Standorte Plattenburg und Gadow. In Zeiten einer ohnehin massiv erhöhten internationalen Kriegsgefahr ist das Aufreißen alter militärischer Wunden in Brandenburg das völlig falsche Signal. Statt auf Deeskalation, Diplomatie und die Entlastung der Bevölkerung zu setzen, investiert

diese Bundesregierung Milliarden in Beton, Kasernen und Aufrüstung. Dass ausgerechnet Gadow in Ostprignitz-Ruppin wieder in den Fokus des Militärs rückt, grenzt an einen handfesten politischen Skandal. Gadow liegt unmittelbar auf dem Gebiet des ehemaligen ‚Bombodroms‘ – der Kyritz-Ruppiner Heide. Fast zwei Jahrzehnte lang haben die Bürger*innen in der Region einen beispiellosen, friedlichen und zivilen Kampf gegen den geplanten Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr geführt. Dieser historische Erfolg, der 2009 mit dem endgültigen Verzicht auf die militärische Nutzung gekrönt wurde, darf nicht im Handumdrehen weggewischt werden! Das Gelände gehört

der Natur und der zivilen Erholung, nicht den Panzern, Flugzeugen und Soldaten. Auch die Pläne für Plattenburg in der Prignitz zeigen, dass der Bund bereit ist, die zivile Entwicklung ganzer Regionen für seine Aufrüstungspläne zu opfern. Die Kommunen haben jahrelang Konzepte entwickelt, um diese Areale zivil, ökologisch oder für dringend benötigten Wohnraum zu nutzen. Nun grätscht die Bundeswehr dazwischen, stoppt den Umwandlungsprozess und beansprucht die Flächen für den neuen Wehrdienst. Ich fordere die Bundesregierung und Verteidigungsminister Boris Pistorius auf, diesen sicherheitspolitischen Irrwegen eine Absage zu erteilen.



Die Reaktivierungspläne für Gadow und Plattenburg müssen sofort vom Tisch! Wir brauchen Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, wie Kitas, Schulen, den öffentlichen Nahverkehr und keine neuen Aufmarschgebiete vor unserer Haustür.

■ ■ Christin Willnat,
MdB, Die Linke

Vier Tage im September – wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen

25. September. 26. September. 28. September.

Eigentlich sind es nur drei Tage.

Doch sie zeigen, was gerade in unserer Gesellschaft passiert: Menschen gehen auf die Straße, weil sie nicht länger hinnehmen wollen, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird.

In Potsdam beginnt der 25. September mit einem Protest gegen die Bezahlkarte für Geflüchtete. Um 10.30 Uhr startet am Brandenburger Landtag am Alten Markt die Demonstration „Solidarität statt Bezahlkarte!“ (Women In Exile)

Es geht um mehr als eine Plastikkarte. Es geht darum, ob Menschen, die bei uns Schutz suchen, ihre ohnehin knappen Leistungen selbstbestimmt verwenden können – oder ob wir ihnen vorschreiben, wo und wie sie ihr Geld ausgeben dürfen. Und es geht um eine Frage, die uns alle betrifft: Wie behandeln wir Menschen, die weniger haben als wir?

Am selben Tag gehen junge Menschen gegen die Wehrpflicht auf die Straße. Beim bundesweiten Schulstreik wehren sie sich dagegen, dass ihre Zukunft zunehmend von Aufrüstung und militärischer Einsatzbereitschaft bestimmt wird. (schulstreikgegenwehrpflicht.com)

Auch hier geht es um Selbstbestimmung: Wer entscheidet über das Leben eines jungen Menschen – der Staat oder der junge Mensch selbst?

Am 26. September ruft der

Deutsche Gewerkschaftsbund zum Aktionstag „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente.“ auf. Beschäftigte und Gewerkschaften fordern sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen, eine verlässliche Rente, gute Pflege und den Schutz sozialer Rechte. (Deutscher Gewerkschaftsbund)

Damit sind wir mitten in unserem eigenen Leben. Wer weiß heute noch sicher, dass die Rente zum Leben reicht?

Wer kann sich Pflege leisten?

Wer kann darauf vertrauen, dass Krankheit nicht zum finanziellen Absturz führt? Der Sozialstaat ist kein Almosen und kein Geschenk der Politik.

Er wurde von Menschen erarbeitet, die jahrzehntelang gearbeitet, Beiträge gezahlt und für bessere Lebensbedingungen gekämpft haben.

Doch soziale Sicherheit, die einst selbstverständlich schien, kann schnell verschwinden.

Am 28. September steht der internationale Safe Abortion Day für das Recht auf sichere, zugängliche und selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche. Auch die Stadt Potsdam erinnert an diesem Tag an sexuelle Selbstbestimmung. (Potsdam)

Wieder geht es um die Entscheidung über das eigene Leben und den eigenen Körper.

Vier Anlässe, eine gemeinsame Frage: Wie viel Selbstbestimmung wollen



wir Menschen zugestehen?

Dem Geflüchteten, der über seine wenigen Mittel selbst verfügen möchte.

Der Jugendlichen, die nicht für einen Krieg zur Verfügung stehen will.

Der Arbeitnehmerin, die eine sichere Rente erwartet.

Der Frau, die selbst über eine Schwangerschaft entscheiden möchte.

Das sind keine getrennten Geschichten. Es geht um Würde, Freiheit und Solidarität.

Deshalb sollten wir uns nicht einreden lassen, dass die einen gegen die anderen kämpfen müssen:

nicht Rentner gegen Jugendliche, Beschäftigte gegen Arbeitslose, hier Geborene gegen Schutzsuchende oder Frauen gegen Männer.

Von einer gespaltenen Gesellschaft profitieren diejenigen, die uns spalten wollen.

Soziale Rechte sind nicht vom Himmel gefallen.

Freiheit ist niemals selbstverständlich; sie muss immer wieder verteidigt werden.

Vielleicht ist dieser September deshalb wichtiger, als es zunächst scheint:

Am 25. September: Solidarität statt Ausgrenzung und Zukunft statt Wehrpflicht.

Am 26. September: Sozialstaat statt Sozialabbau.

Am 28. September: Selbstbestimmung statt Bevormundung.

Das sind keine Forderungen einer kleinen Minderheit, sondern Fragen, die mitten in unser Leben reichen.

Gerade wir Älteren sollten wieder häufiger auf die Straße gehen. Wir haben erlebt, dass politische Systeme sich verändern und scheinbar Unveränderliches nicht bleiben muss. Den Jüngeren sollten wir nicht nur sagen: „Ihr müsst euch engagieren.“

Wir sollten mit ihnen gehen und sagen: Wir sind da. Eure Zukunft gehört euch – und unsere Zukunft ist noch nicht vorbei.

Solidarität kennt kein Alter, keine Herkunft und kein Geschlecht. Sie fragt nicht zuerst: „Was bekomme ich dafür?“, sondern: „Was braucht der andere Mensch?“

Vier Tage im September.

Vier Gelegenheiten, sichtbar und laut zu sein.
Vier Gelegenheiten, zu sagen:
Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschenwürde mehr zählt als Herkunft, Geld oder Macht, und in der Freiheit, soziale Sicherheit und Selbstbestimmung für alle gelten.

Kommt auf die Straße.

Nicht, weil Demonstrieren immer sofort etwas verändert.
Sondern weil Schweigen ganz sicher nichts verändert.

Wir sind viele.
Wir müssen nur anfangen, uns wieder so zu verhalten.

■ ■ Gerlinde Krahnert



Mythen und Fakten zur Militarisierung



Die Bundeswehr wurde kaputtgespart

Allein in den acht Jahren von 2014 bis 2022 wuchs der Etat der Bundeswehr um 50 Prozent. Damit kam die Bundesrepublik auf Platz 7 der Länder mit den höchsten Militärausgaben. In diesem Jahr ist sie schon auf Platz vier hinter den USA, China und Russland. (Ranking des Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri). Es ist auch nicht alles marode und

untauglich, wie immer wieder behauptet wird. Die Hauptwaffensysteme der Bundeswehr sind insgesamt deutlich moderner als die der beiden Nato-Partner Frankreich und Großbritannien, so eine Studie des Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC).

Zwei oder drei Prozent fürs Militär – das ist doch nicht viel

Viele Leute glauben, diese Prozentzahlen würden sich auf den Bundeshaushalt beziehen. Sie beziehen sich aber auf das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP), also den Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen. Auf den Bundeshaushalt bezogen sind das in diesem Jahr bei 2,69 Prozent

vom BIP bereits über 20% des gesamten Haushaltes. 2029 würde bei den angekündigten 3,5 Prozent vom BIP jeder 3. Euro ins Militär fließen.

Die Rüstungsindustrie ist ein Jobmotor

Man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Es entstehen neue Jobs, aber mit steigenden Militärausgaben sinken zwangsläufig andere Ausgabemöglichkeiten. Mehrere Studien zeigen: Investiert der Staat die gleiche Summe stattdessen in Umweltschutz, Bildung oder Gesundheitswesen, sorgt das für deutlich mehr Arbeitsplätze und Wachstum. Wer den Rüstungsetat erhöht und gleichzeitig Mittel für Energiewende, Schulen und Krankenhäuser streicht, bremst

demnach das Wirtschaftswachstum.

Wer mehr wissen will, lese hier: Rosa Luxemburg Stiftung „Jenseits des Krieges – Mythen und Fakten zu Krieg und Frieden“ und „Die Wehrpflicht hat noch niemandem geschadet – Mythen und Fakten zu Kriegsdienst und Wehrpflicht“.

Außerdem das Mai-Heft der Zeitschrift Luxemburg „Im Vorkrieg – Auf der Suche nach linken antimilitaristischen Strategien“.

Alle Veröffentlichungen sind kostenlos bestellbar unter <https://www.bestellung.rosalux.de/> oder als PDF herunterzuladen.

■ ■ bms

Neuruppin: Solidaritätskundgebung nach Angriff auf wohnungslosen Mann

Ein wohnungsloser Mann wurde in Neuruppin angegriffen. Anschließend brannte offenbar die Bushaltestelle, an der er sich (gegenüber der Geschäftsstelle der Linken) aufgehalten hatte. Der Mann befand sich bei Ausbruch des Brandes vermutlich bereits im Krankenhaus.

Das Aktionsbündnis Neuruppin und das JWP MittenDrin riefen kurzfristig zu einer Kundgebung

auf. Rund 80 Menschen beteiligten sich am 30. August. Auch der Stadtverband Neuruppin der Linken war dabei und erklärte seine Solidarität mit dem Betroffenen.

Zentrale Botschaft: Obdachlosigkeit darf niemals ein Grund für Gewalt und Ausgrenzung sein.

■ ■ Gerlinde Krahnert



FIDEL – Presente!

100 Jahre Fidel Castro – und Kuba steht unter massivem Druck



Am 13. August wäre Fidel Castro 100 Jahre alt geworden. In Kuba und weit darüber hinaus wurde seines politischen Vermächtnisses gedacht. Rund 1.500 internationale Gäste aus mehr als 60 Ländern kamen zu den Veranstaltungen in Havanna. Für die einen ist Castro bis heute Symbol für Revolution, nationale Souveränität und soziale Gerechtigkeit. Für seine Gegner steht er für politische Repression und wirtschaftliches Scheitern.

Beides gehört zur Geschichte. Doch wer heute über Fidel Castro und Kuba spricht, sollte auch darüber sprechen, unter welchen Bedingungen dieser kleine Inselstaat seit Jahrzehnten um seine wirtschaftliche und politische Selbstständigkeit kämpft.

Ein Land, das sich nicht unterwerfen wollte

1959 stürzte die kubanische Revolution die Batista-Diktatur. Fidel Castro wurde zur prägenden Figur eines politischen Projekts, das Kuba aus der Abhängigkeit von den USA lösen wollte.

Die Revolution veränderte das Land tiefgreifend: eine umfassende Landreform, die Alphabetisierungskampagne, der Ausbau von Bildung und Gesundheitsversorgung, die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse und Fortschritte bei der Überwindung rassistischer Diskriminierung gehören zu ihrem historischen Erbe.

Für viele Menschen im Globalen Süden war Kuba zugleich

ein Beispiel dafür, dass ein kleines Land dem politischen und wirtschaftlichen Einfluss einer Großmacht widerstehen konnte.

Diese Rolle reichte weit über die Karibik hinaus. Kubanische Ärztinnen und Ärzte arbeiteten in zahlreichen Ländern, Alphabetisierungsprogramme wurden international unterstützt. In Angola kämpften kubanische Truppen an der Seite der dortigen Regierung gegen die südafrikanische Armee. Kubas Engagement wurde später auch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Apartheid gewürdigt. Fidel Castro wurde damit zu einer Symbolfigur anticolonialer und antiimperialistischer Bewegungen.

Die Rechnung der Gegenwart

Doch das Kuba des Jahres 2026 ist nicht das Kuba der Revolutionsjahre.

Die Insel steckt in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise. Stromausfälle, Treibstoffmangel, Versorgungsprobleme und Engpässe bei Medikamenten bestimmen den Alltag. Gleichzeitig leidet die kubanische Wirtschaft unter strukturellen Problemen und politischen Fehlentscheidungen der eigenen Regierung. Wer die gegenwärtige Krise ausschließlich mit der US-Blockade erklärt, macht es sich zu einfach. Wer dagegen die Blockade aus der Rechnung streicht, macht es sich ebenfalls zu einfach.

Denn der äußere Druck ist real. Die US-Regierung hat ihre Sanktionen 2026 erneut verschärft. Besonders gravierend ist der Druck auf den internationalen Zahlungsverkehr. Seit Juni funktionieren Visa und Mastercard in Kuba nicht mehr. Ausländische Banken und Unternehmen ziehen sich zurück, weil sie selbst US-Sanktionen fürchten. (tagesschau.de)

Auch der internationale Warenverkehr wird getroffen. Hapag-Lloyd hat die Annahme neuer Buchungen nach und von Kuba vorübergehend eingestellt. (Hapag-Lloyd)

Das ist keine abstrakte außenpolitische Auseinandersetzung. Es geht um Medikamente, Ersatzteile, Treibstoff, Maschinen und Lebensmittel – und damit um die Lebensbedingungen von Millionen Menschen.

Kuba zwischen Blockade und Reform

Die kubanische Führung steht deshalb vor einer doppelten Herausforderung: Sie muss sich gegen äußeren wirtschaftlichen Druck behaupten und gleichzeitig die eigene Wirtschaft grundlegend verändern.

Reformen sollen private Initiativen stärken und ausländische Investitionen erleichtern. Zugleich setzt Kuba verstärkt auf erneuerbare Energien. Solarparks und Photovoltaikanlagen entstehen, neue Speichertechnologien werden erprobt.

Es ist der Versuch, aus der Krise herauszukommen, ohne die politische und wirtschaftliche Souveränität des Landes preiszugeben.

Ob dieser Weg gelingt, ist offen. Klar ist aber: Kuba kann sich seine Zukunft nicht allein mit revolutionären Erinnerungen sichern. Es braucht wirtschaftliche Erneuerung, funktionierende Infrastruktur und eine Versorgung, die den Menschen ein würdiges Leben ermöglicht.

Solidarität ist keine Nostalgie

In dieser Situation ist internationale Solidarität wichtiger denn je.

China, Vietnam, Brasilien, Mexiko und andere Staaten halten an ihren Beziehungen zu Kuba fest. Weltweit sammeln Solidaritätsgruppen Medikamente und medizinische Hilfsgüter und unterstützen kleinere Solarprojekte für Schulen, Gesundheitseinrich-

tungen und abgelegene Gemeinden.

Auch die Kampagne „Cuba no está sola!“ – Kuba ist nicht allein gewinnt an Bedeutung. Cuba Sí beteiligt sich daran.

(Spendenkonto: Empfänger:

Die Linke Parteivorstand

IBAN: DE06 1005 0000 0013

2222 10, BIC: BELADEBEXX

Bitte als Verwendungszweck angeben: „Milch“ oder „Überleben“ sowie Deine Anschrift.)

Solidarität bedeutet dabei nicht, jede Entscheidung der kubanischen Regierung gutzuheißen. Solidarität bedeutet auch nicht, die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu verschweigen.

Solidarität bedeutet, das Recht eines Volkes auf Selbstbestimmung zu verteidigen.

Gerade deshalb muss man über Kuba streiten können: über soziale Errungenschaften und politische Fehler, über Souveränität und Demokratie, über Blockade und Reformen, über die Verantwortung der USA und die Verantwortung der kubanischen Führung.

Fidel Castro bleibt Teil dieser widersprüchlichen Geschichte. 100 Jahre nach seiner Geburt ist die entscheidende Frage deshalb vielleicht nicht, ob man Fidel verehrt oder ablehnt.

Die entscheidende Frage lautet:

Darf ein kleines Land selbst bestimmen, welchen politischen und wirtschaftlichen Weg es gehen will – oder darf eine Großmacht darüber entscheiden, welche Regierung und welches Gesellschaftsmodell auf einer Insel 90 Seemeilen vor ihrer Küste bestehen darf?

Für viele Kubanerinnen und Kubaner ist die Antwort bis heute eindeutig.

„Patria o muerte.

Venceremos!“

Fidel – Presente!

■ Ronny Kretschmer

Bürgermeisterwahl in Kyritz: Zuhören, abwägen, entscheiden!

In Kyritz steht eine wichtige Entscheidung an: Am 8. November wird eine neue Bürgermeisterin oder ein neuer Bürgermeister gewählt. Nach 16 Jahren tritt Amtsinhaberin Nora Görke nicht erneut an. Damit steht Kyritz vor einem politischen Wechsel an der Rathauspitze.

Für uns als Linke ist klar: Eine Bürgermeisterwahl ist keine reine Parteienfrage. Entscheidend ist, wer Kyritz in den kommenden Jahren gestalten und Verantwortung für unsere Stadt übernehmen kann.

Drei demokratische Kandidierende haben ihre Bewerbung erklärt: Hans Joachim Wilke für die CDU, Sandra Meyer für „Kyritz macht“ und Melanie

Brandenburg als Einzelkandidatin. Die AfD tritt ebenfalls an. Eine Entscheidung der Linken über eine Unterstützung ist bislang nicht getroffen. Darüber werden die zuständigen Parteigremien beraten. Wir wollen diesen Prozess offen und transparent gestalten. Deshalb planen wir im Kyritzer LINKSeck Vorstellungs- und Gesprächsveranstaltungen mit den drei demokratischen Kandidierenden. Wir wollen ihnen Gelegenheit geben, ihre Vorstellungen für Kyritz darzustellen, Fragen zu beantworten und mit Mitgliedern und Interessierten ins Gespräch zu kommen.

Dabei geht es um die Zukunft unserer Stadt: Um

die Entwicklung von Innenstadt und Ortsteilen, Kitas und Schulen, soziale Angebote, Wirtschaft, Vereine und Ehrenamt – aber auch um die schwierige finanzielle Situation der Stadt und die Frage, wie politische Entscheidungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden können.

Wir wollen zuhören, nachfragen und vergleichen. Erst danach soll in den zuständigen Parteigremien über eine mögliche Unterstützung entschieden werden.

Für uns ist dabei wichtig: Kommunalpolitik darf nicht bei Parteigrenzen enden. Eine gute Bürgermeisterin oder ein guter Bürgermeister muss die ganze Stadt

im Blick haben, unterschiedliche Interessen zusammenbringen und auch dann ansprechbar sein, wenn man politisch nicht einer Meinung ist.

Die Linke hat selbstverständlich politische Vorstellungen davon, wie sich Kyritz entwickeln sollte. Eine persönliche Präferenz einzelner Mitglieder ersetzt aber keine demokratische Entscheidung der Partei.

Deshalb gehen wir diesen Weg bewusst:

Kennenlernen. Fragen stellen. Zuhören. Abwägen. Entscheiden.

So stellen wir uns demokratische Kommunalpolitik vor.

■ ■ Holger Kippenhahn

Volkssolidarität in Kyritz: Klarheit statt Verunsicherung

Die Volkssolidarität Brandenburg befindet sich in einem notwendigen Prozess der strukturellen Neuaufstellung. Umso wichtiger ist es, bei den konkreten Folgen vor Ort zwischen Tatsachen und falschen Darstellungen zu unterscheiden.

In den vergangenen Tagen entstand teilweise der Eindruck, die Volkssolidarität ziehe sich aus Kyritz zurück und eine Begegnungsstätte werde geschlossen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Am Mittwoch haben wir uns als Beirat der Volkssolidarität

Prignitz-Ruppin mit den Vorsitzenden der Ortsgruppen getroffen, um über die tatsächliche Situation und die anstehenden Veränderungen zu informieren. Das Gespräch hat für Klarheit gesorgt und spürbar beruhigt.

Klar ist: Die Begegnungsstätte in Kyritz wird nicht geschlossen. Auch künftig gibt es Ansprechpartner vor Ort. Niemand muss grundsätzlich nach Wittstock fahren. Ebenso ist keine Einschränkung der Angebote und Veranstaltungen vorgesehen.

Welche Aktivitäten stattfinden,

hängt auch künftig von der Nachfrage, den vorhandenen Ressourcen und dem Engagement der jeweiligen Ortsgruppen ab. Kreative Ideen, neue Angebote und aktive ehrenamtliche Mitarbeit sind ausdrücklich erwünscht. Die Volkssolidarität lebt von Menschen, die sich einbringen und Gemeinschaft organisieren.

Als Linke stehen wir für eine soziale Infrastruktur, die Menschen nicht allein lässt. Gerade für ältere Menschen sind Begegnung und persönliche Ansprechpartner keine Nebensachen. Deshalb begleiten wir

den Veränderungsprozess im Beirat kritisch und konstruktiv. Für unsere Partei engagieren sich Rita Büchner und ich im Beirat der Volkssolidarität Prignitz-Ruppin. Wir werden darauf achten, dass die Interessen der Mitglieder und die Arbeit vor Ort auch künftig im Mittelpunkt stehen.

Solidarität leben heißt: füreinander da sein, mitgestalten und niemanden zurücklassen. Dafür lohnt sich auch weiterhin die Mitgliedschaft in der Volkssolidarität.

■ ■ Holger Kippenhahn



Rund 60 Menschen trafen sich Anfang August in Wittenberge zum Gedenken an die Opfer des Anschlags auf den Berliner

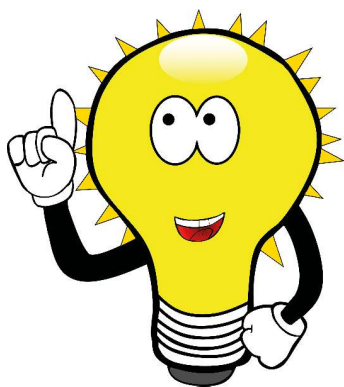
CSD. Auf dem Bismarckplatz wurde ein kleiner Gedenkort eingerichtet, mit Blumen und Kerzen. Am Offenen Mikrofon war es vielen wichtig, sich gegen die politische Instrumentalisierung des Anschlags zu wehren. Gewalt gegen Queere komme aus der Mitte der Gesellschaft, verübt von patriarchalisch eingestellten

Männern, mal religiös, mal antifeministisch, mal völkisch begründet, laut Statistik überwiegend von rechts. Begegnen könne man dem nur durch Stärkung von queeren und demokratiefördernden Strukturen, aber genau die werden derzeit finanziell ausgetrocknet, wurde kritisiert. Schon ein paar Tage nach der



Kundgebung war der von der Stadtverwaltung erlaubte Gedenkort zerstört worden.

■ ■ bms



„Ausdruck“ – Magazin der Informationsstelle Militarisierung (IMI) und Online-Zeitschrift „IMI-List“

In diesem Jahr wird die

Medien, die schlau machen

Informationsstelle Militarisierung dreißig Jahre alt. Der Verein arbeitet in einem breiten Spektrum friedenspolitischer Themen. Die IMI-List kann man kostenlos abonnieren. Sie wird 1- bis 2-mal im Monat per Mail verschickt. Darin z.B. Texte zum Abbau der Pressefreiheit im Rahmen der „Zeitenwende“, Infos zum Schulstreik gegen Wehrpflicht usw... Der „Ausdruck“ ist das gedruckte Infomagazin von IMI und erscheint alle drei Monate mit umfangreichen Analysen und

Recherchen. Das aktuelle Heft hat den Schwerpunkt Rheinmetall. Einzelhefte kosten 4,50€ plus Porto.

Das Ziel des Vereins ist es, alle Recherchen und die sehr gut fundierten politischen Analysen kostenlos online zur Verfügung zu stellen. Das Stöbern auf der Webseite der Informationsstelle lohnt sich deswegen immer.

<https://www.imi-online.de/>

■ red.

Eine Dampferfahrt, die ist lustig, eine ...



Für den 13. August organisierte der Stadtverband der Linken Neuruppin für seine Seniorinnen und Senioren eine Dampferfahrt auf dem Ruppiner See. Danach noch Kaffee und Kuchen im neueröffneten „Meg's Café am See“ an der Seepromenade. Gut 20 Genossinnen und Genossen (einschließlich Ehepartner) stachen mit der „Kronprinz

Friedrich“ in See. Nach einigen einführenden Worten durch Benedict, unseren Vorsitzenden des Stadtverbandes, verbrachten wir eine vergnügliche Stunde bei kurzweiligen Gesprächen auf dem Ruppiner See. Danach noch Kaffee und leckeren Kuchen unterm Sonnenschirm am Seeufer – was will man mehr.

Unsere Barbara feierte an diesem Tag ihren 91. Geburtstag und fühlte sich sichtlich wohl in der lockeren Runde – Glückwünsche und Blumen durften natürlich nicht fehlen. Die Zeit verging leider wie im Fluge und wir freuen uns schon auf das



nächste Treffen.

Unser Dank gilt allen, die an der Organisation und Vorbereitung dieses geselligen Beisammenseins beteiligt waren.

■ Jürgen Schubert

In eigener Sache

Ein aufmerksamer Leser hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass uns in der ML 21 im Artikel „Eine Krankenkasse für alle“ ein Fehler unterlaufen ist, den wir hiermit korrigieren. Wir haben festgestellt, dass derjenige, der monatlich mehr als 5.812,50 Euro verdient, in die private Krankenversicherung wechseln kann. Dies ist nicht richtig. Um als Arbeitnehmer die gesetzliche Krankenversicherung verlassen können, reicht es nicht aus, mit dem Arbeitsentgelt lediglich die

monatliche Beitragsbemessungsgrenze zu überschreiten. Für einen Wechsel in die private Krankenversicherung muss man als höherverdienender Arbeitnehmer mit seinem regelmäßigen Arbeitsentgelt die Jahresarbeitsentgeltgrenze überschreiten. Diese beträgt im Jahr 2026 77.400 Euro, also monatlich 6.450 Euro. Erst dann ist ein Wechsel in die private Krankenversicherung möglich. Vielen Dank für den Hinweis!

■ red.

Termine

10.09. und 08.10. // 19 Uhr
Beratung des Regionalverbandes der Linken Rheinsberg-Lindow
Fachgeschäft für Demokratie, Rheinsberg, Schlossstraße 20

16.09. und 14.10. // 18 Uhr
Beratung des Kreisvorstandes Die Linke OPR
Schinkelstr. 13, Neuruppin

12.09. und 10.10. // 14 Uhr
PRÜF-Demo,
Alter Markt, Potsdam

12.09. // 13.30-17 Uhr
Kinder- und Familienfest der Linken OPR
Krümekiste Neuruppin

17.09. // 18 Uhr
Lesung und Gespräch: „Dieser Drang nach Härte“
Bibliothek Kyritz

07.10. // 09-12 Uhr
1-Euro-Frühstück
Geschäftsstelle Wittstock, Burgstraße 27

Jeden 2. Dienstag //
16-18 Uhr, Schinkelstr. 13, Neuruppin
Beratung zu Fragen zur Rentenversicherung durch den Ehrenamtlichen Versichertenältesten Uwe Dröbler
Termine unter:
0151/27551564

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR, Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

www.dielinke-opr.de
www.dielinke-prignitz.de

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Jürgen Schubert

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen, nicht unbedingt die von Redaktion und Herausgeberin, wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.
redaktionml@dielinke-opr.de

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

